



# Spanien baut die Pyrenäen ab

Spaniens Weg aus der Diktatur in die europäische Gemeinschaft ist ein Lehrstück – auch für uns





**M**agnus Enzensberger in bezug auf Madrid. Was von Madrid gilt, von seinen Avenidas, Plätzen und Palästen, gilt von Spanien überhaupt. Vor allem erscheinen die Etappen von Spaniens Geschichte immer wieder «eine Nummer zu gross»:

- Religiöser Fanatismus und Bereicherungsgier der katholischen Könige sprengten schon beim Eintritt in die Neuzeit jedes Mass.
- Die europäischen und globalen Herrschaftsvisionen Karls V., Philipps II. und ihrer schwachen Nachfolger endeten im Zerfall.
- Die Kluft zwischen den wenigen Besitzenden und den Massen verelendeter Land- und Arbeitsloser sowie die Menge der politischen Krisen im letzten Jahrhundert liessen Spanien europaweit zum revolutionären Pulverfass werden.
- Grausamkeit und Terror des Bürgerkriegs erreichten auf beiden Seiten barbarische Ausmasse.
- Die politische, kulturelle und wirtschaftliche Abschottung vom übrigen Nachkriegseuropa durch Francos Diktatur übertraf an Dauer (36 Jahre) um das Dreifache Hitlers Schreckensherrschaft (12 Jahre) und um die Hälfte Stalins Terrorregime (24 Jahre).

Aber ebenso sprengt die jüngste Entwicklung alle europäischen Erfahrungen:

- Weniger als eine Generation brauchte Spanien seit Francos Tod im Jahre 1975, um aus eigener politischer Weitsicht sich in der vordersten Linie der europäischen Partnerländer zu integrieren.

Gerade diese Leistung, die aus einem isolierten und in sich zerrissenen, fast mittelalterlich rückständigen Land nach aussen einen – zur politischen und wirtschaftli-

versöhnte, vom Bürgerkriegsschuss geheilte und demokratiefähige Gesellschaft zustande brachte, ist, nach historischen Kriterien, eigentlich «eine Nummer zu gross». Auf jeden Fall ist sie vorbildlich.

Vorbildlich wofür? Letztlich für die Schaffung einer zivilen Gesellschaft. Die Gefahr war gross, dass Spanien nach Francos Tod und nach dem Ende des faschistischen Regimes, in dem Militär und Kirche die eigentlichen Machtpfeiler des Staates waren, sich in lähmende und blutige Abrechnungen mit den ehemaligen Funktionären und Nutzniessern der Macht eingelassen hätte. Dass es damit noch auf Jahre hinaus den Graben zwischen den «zwei Spanien», zwischen dem republikanischen und dem franquistischen, offengelassen, wenn nicht gar vertieft hätte.

Statt dessen richteten sich die politischen Kräfte auf die von König Juan Carlos vom Programm erklärte «Wiederversöhnung aller Spanier» aus. Dieses Programm liess es zu, dass auch ehemalige Franquisten «das Hemd wechseln» durften, dass sie sich – häufig über Nacht – zu den Spielregeln der Demokratie bekennen durften.

**D**as neue, zur Demokratie entschlossene Spanien unterliess Gesinnungsschnüffelei und dogmatische Rechthaberei – und erreichte gerade dadurch eine eindeutige Abgrenzung und Befreiung vom alten Regime. Ein unbestrittenes Verdienst kommt dabei dem König zu, der mit Fingerspitzengefühl und moralischer Glaubwürdigkeit seinen Einfluss einsetzte, der vor allem die heikle Aufgabe auf sich nahm, den demokratieunwilligen



MAIA WICKS

Militärapparat zu Reformen zu bewegen. Auch die zweite mächtige Bastion des Franco-Regimes, die Kirche, bewies Klugheit. Indem sie darauf verzichtete, eine klerikale Partei zu bilden oder zu unterstützen, trug sie ihren Teil zu einem zukunftsfähigen Neubeginn bei.

Beim Aufbau einer zivilen Gesellschaft spielte die Presse eine Schlüsselrolle, insbesondere die überregionale Tageszeitung «El País» (siehe Interview Seite 30). Schon der Name des neuen Presseorgans, das kurz nach Francos Tod erstmals erschien, weist darauf hin, dass es sich als Forum einer freizeitlichen Politik verstand.

Von Anfang an war sich «El País» der Verantwortung bewusst, die mit der meinungsbildenden Funktion der Information verbunden ist: Sie besteht darin, Leser und Leserinnen als mündige und denkfähige Subjekte ernst zu nehmen, sie als selbstverantwortliche Mitglieder einer zivilen Gesellschaft an der Vielseitigkeit und Widersprüchlichkeit dieser Gesellschaft teilhaben zu lassen. Denn genau dies hatte die Franco-Diktatur unterbunden, und dies unterbindet jedes auf Gesinnungskontrolle und Verdummung angelegte Regime.

Spaniens Entwicklung seit 1975, die oft als «milagro», als «Wunder» bezeichnet wird, ist somit nicht das Ergebnis einer zufällig glücklichen Konjunktur. Sie kam zustande trotz

von einem grundsätzlichen Entschluss und von der ständig erneuerten Rückbesinnung auf diesen Entschluss ab: Den «guten Willen» aller Spanier und Spanierinnen zum Zusammenleben im Staat vorauszusetzen, das heisst, das Vertrauen in die Mündigkeit der politisch aktiven Bevölkerung als massgebliches Prinzip demokratischer Befähigung und gesellschaftlicher Erneuerung anzunehmen.

Was daraus erwuchs, ist als der grösste Fortschritt zu werten: nationale Selbstachtung. Auch bei allen weiter bestehenden und wachsenden Problemen, vor allem im Bereich des sozialen Gleichgewichts, können eigentlich nur dank dieser nationalen Selbstachtung die mit dem EG-Beitritt und vor allem mit der vollen Integration in den Binnenmarkt verbundenen Ängste vor Souveränitätsverlust und Bevormundung beigelegt werden. Spanien ist es gelungen, dank der politischen Leistung im eigenen Land, selbst die Pyrenäen, das heisst die trennenden Barrieren nach «Europa», abzutragen.

Diese Leistung ist in der Tat vorbildlich: für die Länder an den Rändern Europas, wo nach wie vor und wieder von neuem die Schrecken des Bürgerkriegs und des politischen Terrors herrschen, etwa für Nordirland, wo seit Jahrzehnten Kinder in einem Klima des Hasses und des religiösen Fanatismus geboren wurden und aufwuchsen und selbst wieder Kinder im gleichen Hass grossziehen; oder für Jugoslawien, wo seit dem Augenblick der politischen Öffnung Serben und Kroaten in sinnloser nationalistischer Rivalität sich und unzählige Unschuldige töten, Dörfer und Städte zerstören und mit ihrem

republikanischen Destabilisieren; oder für den südöstlichsten Zipfel des ehemaligen Sowjetreiches, wo Aseris und Armenier einander in einem blutigen Krieg das gemeinsam bewohnte Land streitig machen.

**E**benso steht eine ganze Reihe weiterer früherer Sowjetrepubliken in unmittelbarer Gefahr, die wirtschaftliche Rückständigkeit und Mangelversorgung, den Verlust der politischen Selbstachtung infolge jahrzehntelanger Diktatur sowie die Unerfahrenheit in Demokratie durch bürgerkriegsähnliche Gewalttätigkeiten wettzumachen. In Albanien ist es schon soweit.

Aber wir brauchen gar nicht so weit zu schauen. In Deutschland, wo die paritätische wirtschaftliche, kulturelle und politische Integration des ehemaligen Ostdeutschlands ohnehin gewaltige Probleme stellt, nehmen Misstrauen und Abrechnungswut gegen die offenen und geheimen Funktionäre des ehemaligen Regimes hysterische und damit politisch lähmende Ausmasse an. In all unseren Nachbarländern, aber auch bei uns in der Schweiz nehmen rassistische und faschistische Gruppierungen an Bedeutung zu und gefährden durch Intoleranz, durch Aufhetzung und Gewalt das Funktionieren der zivilen Gesellschaft. Zudem tut sich in unserem Land ein grosser Teil der Bevölkerung überhaupt schwer, politische Partizipation als etwas Positives anzustreben, erst recht in einem europäischen oder gar weltweiten Rahmen.

Es wäre nützlich, den Weg, den Spanien in den letzten zwei Jahrzehnten ging, als Lehrstück in Erinnerung zu rufen.